



SPD Ratsfraktion Flensburg



SSW Byrådsgrupper Flensburg
SSW Ratsfraktion Flensburg



CDU Ratsfraktion Flensburg



Ratsfraktion Flensburg

Flensburg, 28.06.2006

RV-76/2006

- öffentlich -

Beschlussvorlage

Ratsversammlung am 29.06.2006

Resolution gegen die Kürzung des Finanzausgleichs; Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen

Antrag:

Die Ratsversammlung der Stadt Flensburg wendet sich entschieden gegen den beabsichtigten Eingriff des Landes in den kommunalen Finanzausgleich in Höhe von zweimal 120 Mio. €. Dieser steht im krassen Widerspruch zum Koalitionsvertrag, der die Grundsatzfestlegung enthält, dass es „Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich mit dem alleinigen Ziel einer Entlastung des Landeshaushaltes“ nicht geben wird.

Konsolidierung der Haushalte auf Landes- wie auf kommunaler Ebene ist durch das Bemühen gekennzeichnet, politische Entscheidungsspielräume zurück zu gewinnen, um Politik für die Bürgerinnen und Bürger gestalten zu können. Eine Lastenverschiebung der Verschuldungssituation vom Land auf die Kommunen löst nicht die strukturellen Finanzprobleme des Landes, sondern verschärft die der Kommunen.

Angesichts der desolaten Haushaltslage der Stadt mit einer Verschuldung von ca. 230 Mio. € und eines aufgelaufenen Defizits im Verwaltungshaushalt von über 70 Mio. € ist diese zusätzliche Belastung der Stadt von mindestens 3,5 Mio. € nicht hinnehmbar. Sämtliche Einsparbemühungen der letzten Jahre würden schlagartig zunichte gemacht und der Stadthaushalt ruiniert. Nötige Investitionen zur Belebung der Wirtschaft werden im Ansatz ausgeschlossen.

Die Stadt Flensburg fordert daher das Land Schleswig-Holstein auf, die Zusagen an die kommunale Ebene einzuhalten und von der Kürzung des kommunalen Finanzausgleiches Abstand zu nehmen oder für einen entsprechenden Ausgleich zu sorgen.

Sollte es bei dem Eingriff in den Kommunalen Finanzausgleich bleiben, müssen die Kommunen durch Abbau von bundes- und landesgesetzlichen Aufgaben und sonstige Maßnahmen in gleicher Höhe entlastet werden. Die Absenkung des kommunalen Finanzausgleichs erfordert deshalb zeitgleich Entscheidungen, die den Kommunen eine vollständige Kompensation ermöglichen.

Die Stadt Flensburg erachtet das Vorgehen des Landes auch deshalb als nicht nachvollziehbar, weil das Land selbst mit erheblichen Steuermehreinnahmen rechnen kann, während die Kommunen des Landes wie auch Flensburg selbst noch auf weitere Sicht in einer schweren Finanzkrisen stecken.

gez. Hans Joachim Wnuck

gez. Gerhard Bethge

gez. Rolf Helgert

gez. Uwe Lorenzen

- Fraktionsvorsitzende -